

# Berliner Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Wir unerlangt eingekaufte Manuskripte  
übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Die bedrohte Stromversorgung Berlins.

#### Gefahr einer 30proz. Herabsetzung der Strommenge.

Notwendigkeit einer dritten Leitung. — Ablehnende  
haltung der Reichsstellen.

Von unterrichteter Seite erfahren wir:

Die Kohlenwirtschaftliche Stelle in den Marken hat wiederholt darauf hingewiesen, daß infolge der mangelnden Kohlenzufuhr nach Berlin die Industrien sich in möglichst weitem Umfange auf die Nachtarbeit umstellen müssen, um auch in der Nacht noch in größeren Mengen zur Verfügung stehenden Strom aus dem Braunkohlegebiet in Bitterfeld (Golpa-Strom) abzurufen zu vermögen. Die Metallindustrie hat diesem Ersuchen auch in größerem Maßstabe Folge gegeben. Neuerdings hat sich jedoch die Arbeitnehmervereine gegen die Nachtarbeit zu leisten, besonders im Hinblick darauf, daß die schlechte Ernährung es auf die Dauer den Arbeitern unmöglich mache, die vielfach vorhandene größere Beanspruchung des Körpers durchzuhalten.

Es haben darauhin Verhandlungen zwischen den Arbeitnehmerorganisationen, den Arbeitgeberorganisationen und der Kohlenwirtschaftlichen Stelle unter Zuziehung von Vertretern des Reichs- und Reichsindustrieministeriums sowie des Reichsstaatsministeriums stattgefunden. Die Ergebnisse dieser Besprechungen sind teilweise für Berlin katastrophal zu bezeichnen. Es hat sich dabei ergeben, daß für die beiden nächsten Winter mit einer weiteren Erhöhung sowohl der Fernstromzufuhr als auch der Steuerung von Fernstrom nicht zu rechnen sein wird. Der fernern ist an den militärischen Stellen (Oberkommando) in den Marken gemachten Zusagen zum Bau einer dritten Leitung kein Gehör zu erwarten. Die Folge davon ist, daß heute im höchsten Maße die Hälfte des Gesamtstromverbrauchs von Berlin durch Fernstrom gedeckt werden kann. Wenn man die Möglichkeit ins Auge faßt, daß mit einem völligen oder doch nur teilweise Ausfall der Lieferung von Steinkohlen aus Ober-Schlesien infolge der Eingriffe der Entente zu rechnen sein wird, so kann man es kaum lassen, mit welcher Ruhe sich das Reichsstaatsministerium und das Reichsindustrieministerium bisher in dieser Angelegenheit benommen haben. Schon im Dezember vergangenen Jahres hat der Reichsstaatsminister in einer Eingabe an sämtliche beteiligten Ministerien und an das Kabinett auf die oben geschilderten Zustände hingewiesen und die Folgen eines Ausfalls der Kohlenlieferung von Schlesien für Berlin eindringlich geschildert. Der Erfolg dieser Eingabe war — nach den in den Sitzungen gemachten Mitteilungen — sehr gering.

In einer der letzten Sitzungen hat der Vertreter der Arbeitnehmervereine die präzisere Frage vorgelegt, welche

Mahnahmen getroffen würden, um die Stromlieferung mit Fernstrom für Berlin sicherzustellen. Eine verbindende Erklärung hat das Reichsstaatsministerium hierauf aber bisher nicht gegeben. Selbst wenn die Arbeiterschaft sich weiter bereit erklärte, zu arbeiten und diese Nachtarbeit auch von anderen Industrien, noch in größerem Maßstabe aufgenommen würde, so wäre unter heutigen Verhältnissen bei einem Ausfall der Kohlenlieferung unbedingt mit einer weiteren, mindestens 50 prozentigen Herabsetzung des Stromverbrauchs für die gesamte Berliner Industrie zu rechnen, abgesehen davon, daß alle die Betriebe, die ihren Strom aus dem Kraftwerk Charlottenburg, dem Kraftwerk Südwest und den Kraftwerken der Siemens-Schubert-Werke wie auch Spandau beziehen, unter Umständen zum völligen Erliegen kommen würden, da diese Werke noch nicht an die Golpa-Leitung angeschlossen sind.

Bei dieser Gelegenheit sei ferner die wichtige Tatsache erwähnt, daß das Reichsstaatsministerium unter Ausschließung der Interessen der Millionenstadt Berlin Stromlieferungsverträge aus den Bezirken der Braunkohlewerke mit dem Freistaat Sachsen und mit der Provinz Sachsen abgeschlossen hat. Daß die genannten Länder heute von dem ihnen zugesicherten Strombezugsrecht nicht ohne weiteres zurücktreten werden, ist als sicher anzunehmen.

Groß-Berlin und nähere Umgebung benötigen eine Leistung von circa 85 000 Kilowatt. Diese 85 000 Kilowatt müssen in Zukunft mit Hilfe von Fernleitungen nach Berlin gebracht werden. Heute werden durch die Golpa-Leitungen maximal 40 000 Kilowatt und für die Umgebung durch die Märkischen Elektrizitätswerke aus der Gegend 40 000 Kilowatt und Westpreußen weitere 25 000 Kilowatt, zusammen rund 65 000 Kilowatt. Die Übertragungsmöglichkeit von Golpa ist infolge des Fehlens einer dritten Leitung mit ungefähr 55 000 Kilowatt erschöpft. Das West-Golpa stellt auf rund 90 000 Kilowatt Leistung ausgebaut. Es könnten also bei dem Vorhandensein der dritten Leitung die Strombedürfnisse Berlins fast vollständig gedeckt werden. Nach sicheren Informationen will das Reichsstaatsministerium die dritte Leitung wegen der hohen Kosten nicht bauen. Die andere Möglichkeit, Berlin mit Strom zu versorgen, liegt in den Gebieten um und bei Spremberg. Es ist möglich, bis zum Dezember 1920 eine Leitung von Spremberg nach Lauba herzustellen, welche dann in der Lage wäre, an die Märkischen Elektrizitätswerke weitere 5000 Kilowatt zu liefern. Wenn keine Schwierigkeiten eintreten, ist es Ende 1921 möglich, durch weitere Überlandleitungen von Spremberg nach Berlin und Vergrößerung der Zentrale Spremberg 40 000 Kilowatt nach Berlin zu bringen. Damit wären weitere 45 000 Kilowatt vorhanden. Dabei ist vorausgesetzt, daß bei dem Leitungsbau und dem Ausbau der Zentrale Spremberg keine Komplikationen eintreten.

Im Interesse der Stadt Berlin wäre es sicher zu wünschen, daß der Ausbau der obengenannten Leitungen sofort und ohne Rücksicht auf die Kosten erfolge.

### Demokratie und Arbeiter.

Von [Nachdruck verboten.]

Wilhelm Gleichauf,

Vorsitzender der Deutschen Gewerksvereine.

Jedermann weiß, daß, wenn alle Magazine leer sind, es an Lebensmitteln fehlt und der Staat Schulden anstatt Geld zum Kaufen von Lebensmitteln hat, eben nur vermehrte eigene Arbeit uns helfen kann. Das weiß jedermann, aber sehr viele wollen es nicht hören. Nur Produktion auf allen Gebieten, vor allem von Kohle und Eisen, kann uns Lebensmitteln und Stoffe für Kleidung bringen. Wer also will, daß es langsam wieder besser werde, der helfe mit, jene Grundlagen herzustellen, die für eine vermehrte Produktion notwendig sind. Die Hauptträger der Arbeit sind die Arbeiter, sie bilden außerdem den weitaus größten Teil der Bevölkerung, daraus mag man ersehen, von welcher Bedeutung, für die nötige vermehrte Produktion, die Stellung der Arbeiterschaft hierzu ist. Zum Wiederaufbau Deutschlands ist vor allem in den Dingen die gewollte Mitarbeit der Arbeiter Voraussetzung. Es ist nach alledem eine Staatsnotwendigkeit, die Stellung der Arbeiterschaft so zu gestalten, daß bei ihr der Wille zur bewußten Mitarbeit am Wiederaufbau Deutschlands geweckt und erhalten wird. Das kann nur in einer Staatseinrichtung geschehen, die alle Schichten der Bevölkerung, also auch der Arbeiterschaft, volle Mitarbeit und Mitverantwortung an der Verwaltung und Regierung des Staates einräumt.

Diese Einrichtung bietet allein eine demokratische Staatseinrichtung.

Der zum Wiederaufbau Deutschlands so notwendige Wille der Arbeiterschaft zur Mitwirkung wäre aber sofort zerfallen, wenn an der bestehenden demokratischen Staatseinrichtung gerüttelt würde. Offene, innere Freunde der demokratischen Staatseinrichtung, der neuen deutschen Republik, sind unter den Parteien die Deutsche demokratische Partei und die Mehrheitssozialdemokratie. Sie stehen nicht nur äußerlich, wie die Rechte, unter dem Zwang der Umstände, sondern innerlich und bemüht auf dem Boden der demokratischen Staatsverfassung. Wenn es deshalb ernst ist mit dem Wiederaufbau Deutschlands, und mer mit der feststehenden Tatsache rechnet, daß nur die tätige Mitarbeit der Arbeiterschaft dies ermöglichen kann, der weiß dann auch, daß das zukünftige Schicksal Deutschlands davon abhängt, daß bei der kommenden Reichstagswahl, aus den Wahlen, eine starke Mehrheit der Demokraten und Mehrheitssozialdemokraten hervorgehen muß.

Demgegenüber haben alle anderen Wünsche und Meinungen zurückzutreten. Es sind starke Kräfte an der Arbeit, um jetzt, in der Wahlzeit, das Erreichte dieser einfachen und klaren Tatsachen zu verwirklichen. Deutschnationale und Volksparteier von rechts, Unabhängige und Kommunisten von links arbeiten Hand in Hand an diesem Zerstückelungsversuch des Wiederaufbaus Deutschlands. Den Rechtsparteien ist jede demokratische Einrichtung ein Grauel, sie vermögen es nicht zu überwinden, daß endlich auch die Arbeiterschaft zu ihrem vollen Recht kommen soll; den Unabhängigen und Kommunisten genügt die Gleichstellung der Arbeiter in Staat und Produktion nicht, sie wollen die reine Diktatur der Arbeiter, eine Klassenherrschaft. Gegen rechts und ganz links, hilft am besten eine starke Demokratie, denn auch die Mehrheitssozialdemokratie kann ihren Kampf nach ganz links nur dann mit Erfolg führen und in der Regierung sachlich mitarbeiten, wenn ihr eine starke demokratische Fraktion zur Seite steht.

Was benötigen nun diese Gegner von links und rechts, um Verwirrung in die Wählerfreie hineinzutragen? Einmal die allgemeine Notlage des deutschen Volkes, dann das Aufmerken großer Prinzipienfragen. Die Not des Volkes! Sie ist groß und kann nur ganz langsam behoben werden. Wer aber hat das deutsche Volk in diese Notlage hineingebracht? Das sind die Kriegsheer und Kriegserlöbner von rechts, und wer verhindert eine Besserung der Notlage des deutschen Volkes am meisten? Das sind die Rechts- und Linksputzschiffen, die immer und immer wieder neue Unruhe in das deutsche Volk hineintragen und so die notwendige, vermehrte Produktion verhindern. Die Nationalversammlung ist nichts geleistet haben, sagen diese Helben von rechts und links, sie, die durch ihre unfruchtbare Opposition und ihre Massenaufrufe, die sowieso schwerste Arbeit der Nationalversammlung noch ganz besonders erschwert haben. Dann die große Frage der besten Wirtschaftsform: die Demokraten sollen in der Frage der Sozialisierung den Sozialdemokraten zu weit entgegengekommen sein. Möchten doch diese Kritiker von rechts einmal begreifen, daß auf die Dauer keine Regierung in Deutschland gegen die Sozialdemokratie regieren kann. Die Sozialisierungsfrage ist nun einmal aufgelöst und man muß sich mit ihr beschäftigen. Es ist einfach die Frage um die beste Wirtschafts- und Produktionsform. Begreifen denn die Herren von rechts nicht, daß die große Arbeitermasse, ganz gleich, ob kirchlich-Dunderschiff, christlich oder sozialdemokratisch organisiert, nicht mehr ruhen wird, bis ihr Anteil an der Kulturentwicklung völliger Gerechtigkeit entspricht. Keine Partei aber ist so berufen, wie die Deutsche demokratische Partei, innerhalb der Parteien, den Kristallisationspunkt zu bilden, um den herum alle Kräfte sich gruppieren, die gewillt sind, Arbeit und Arbeitseigenums möglichst gerecht zu verteilen.

Die Rechtsagitatoren weisen auf die großen Steuern hin, die von der Koalitionsregierung beschlossen werden müßten, um so Stimmung gegen die Koalitionsparteien zu machen, aber das begriff heute der einfache Arbeiter, wer das deutsche Volk in diese Schuldenlast hineingeführt hat.

### Der Preisfall in Amerika und England.

Schweinefleisch, Getreide, Metalle, Wolle. — Die  
Rationierung der Kredite in Amerika. — Die Wirkung  
des Kaufstreiks.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 25. Mai.

Der starke Preisfall, der sich gleichzeitig in Amerika und England abspielt und dort die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zieht, schließt in Amerika gerade die Lebensmittel bisher nicht ein, obwohl es sehr wahrscheinlich erscheint, daß sie ebenso wie die Rohstoffe bald fallen werden. Gewisse Restaurants in New-York haben ihre sämtlichen Preise mit einem Federstrich um 20 Prozent herabgesetzt, ebenso viele Warenhäuser im ganzen Land. Aus Chicago kommen Nachrichten, daß Schweinefleisch und Getreide stark sinken. Gerade Chicago hat die Preise auf diesem Gebiet am längsten gehalten. Während für die ganze Bewegung sind Rohstoffe, besonders Metalle, aber auch Wolle, und zwar auch wider Erwarten die feinen Sorten. Die amerikanische Presse äußert aber Zweifel darüber, ob es sich um einen entscheidenden Rückgang oder nur um eine vorübergehende Schwankung handelt. Jedenfalls hat die Politik der amerikanischen Banken unter Führung des Federal Reserve-Bank-Systems, vor allem die scharfe Rationierung der Kredite die nötige Bewegung herbeigeführt. Ferner hat die zwischenstaatliche Wirtschaftskommission erklärt, daß das Transportwesen in einem Zustand sei, der das öffentliche Interesse berührt, und angesichts der durch den Streik, den Wagenmangel usw. bestehenden Verkehrsstockung die Organisation des Verkehrs ohne Rücksicht auf die einzelnen Interessen der Gesellschaften übernommen. Infolgedessen wird die Warenbewegung bald wieder möglich sein und schließlich oder unvollständigen Warenanhebungen abgehoben werden können. Auch das wirkt ohne Zweifel auf den starken Preisfall. Große Vorzüge der Regierung an die Eisenbahnen zur Wiederherstellung ihrer Leistungsfähigkeit liegen bevor. Das enorme Heberispekulation in Amerika existiert, ist kein Zweifel, und diese Spekulation ist ernstlich beunruhigt.

Was England betrifft, so konstatieren die sämtlichen Blätter einstimmig auch für einen starken Preisfall, natürlich im Zusammenhang mit Amerika, oder auch infolge des Kaufstreiks, der in England noch härter als in Amerika wirkt. Auch in England wird ernstlich vor Heberispekulation als das Preisrückgangsgewarant. Er ist infolgedessen überaus wichtig, daß das Ernährungsministerium unter Vorlegung von Besetzen gerade in den letzten Wochen ein weiteres Aufheben der hohen Lebensmittelpreise in Aussicht gestellt hat, besonders für Butter, Käse, Zucker und Brot. Das englische Brot wird wieder auf die minderwertige Mischung der Kriegszeit zurückgebracht werden müssen,

weil sehr schlechte Nachrichten über die Weizenernnte außerhalb Europas eintreffen. Trotzdem scheint auch in den Lebensmitteln, vor allem Fleisch, eine Abwärtsbewegung bevorzustehen. Außerordentlich hoch ist der Fall in Baumwolle, vor allem Dingen durch den Zusammenbruch der Spekulation in Ägypten und in Amerika. Seit Februar ist der Rückgang 3 Schilling 3 Pence. Auch Wollpreise bewegen sich abwärts. Die Regierung hat übrigens vor kurzem für dies Jahr als durchschnittliche Preisziele für einen guten Anzug 30 Pfund in Aussicht gestellt. Im Gegensatz zu Amerika wird aber noch nicht von Fällen der Arbeitslosigkeit gesprochen. Sehr auffallend ist der Niedergang der Frachttarife, der allerdings noch nicht entfernt der natürlichen Preisgestaltung sich annähert hat. Hier ist die Ringbildung der großen Interkontinental besonders ausgeprägt. Man erzählt, daß jetzt bereits der Welttonnenraum den von 1914 um vier Millionen übertritt, woraus allerdings hervorzuheben, wie wenig gerechtfertigt die Anforderung des ganzen deutschen Schiffsaufbaus zu Entschädigungs zwecken war.

Es wird angenommen, daß die Valuta der Länder mit dastiver Handelsbilanz infolge des Preisrückganges steigen wird, weil der Bedarf an Zahlungsmitteln sinkt. Die Gegenwirkungen lassen sich natürlich nicht übersehen. In Amerika werden außerordentlich hohe Verluste erwartet, die zur Verzerrung englischer Schuldner führen können. In England selbst hat trotz der scharfen Aufmerksamkeits der Öffentlichkeit, der Untersuchungskommissionen gegen Warenanhebungen ohne Zweifel auch viel Spekulation bei der Preisbildung mitgewirkt. Es bestehen deutliche Befürchtungen für die finanziellen Folgen einer so schnellen Abwärtsbewegung, an deren Dauer zu glauben man aber zunächst ablehnt unter Hinweis auf die sehr hohen Löhne und Untkosten und die geringe Arbeitsleistung in der ganzen Welt.

Daily News schreiben über den Preisrückgang in Amerika: „Große zur Aussicht nach Amerika zurückgehaltene Warenvorräte werden trotz dringender Aufforderung der Morgan-Gruppe nicht finanziert, so daß die Kaufkraft in auf den amerikanischen Markt werfen müssen. Die erste scharfe Preisherabsetzung erfolgte in einem Warenhaus in Brooklyn schon vor einigen Wochen unter großem Käuferansturm. In anderen Teilen des Landes gefolgt gleiche Herabsetzungen bis zu 20, 30, ja 50 Prozent. Es ist anzunehmen, daß die allgemeine Entzündung in dieser Richtung jetzt nur erst in den Anfangsstadien ist.“ Von amerikanischer Seite wird betont, daß die wirtschaftliche Lage Amerikas im Grunde gesund sei, aber unter starken Anschlägen leide. Immerhin ist es bezeichnend, daß davon viel gesprochen wird, die im Krieg aufgetommene Schenkung zwischen notwendigen und entbehrlichen Produktionszweigen jetzt wieder zur Unterlage der Kreditgewährung zu machen, trotz der ersten Rückwirkung auf den Arbeitsmarkt, die im Krieg nicht zu befürchten war.